

Welcher Frieden – und für wen?



Auslandseinsätze der Bundeswehr

Heino Schomaker
Heinrich-Böll-Stiftung Kiel

Seit Beginn der 1990er Jahre erlebt die Bundeswehr einen tiefgreifenden Wandel. Neue Bedrohungen und Risiken in Form des internationalen Terrorismus, der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen, ihrer Trägersysteme und einer zunehmenden Konkurrenz um Rohstoffmärkte haben den Bezugsrahmen militärischen Handelns und die Rolle des Militärs in der Sicherheitsvorsorge grundlegend verändert.

Mit der Begründung der „Krisenbewältigung“ und „Friedenssicherung“ wird militärische Gewaltanwendung vom internationalen Krieg zwischen Staaten auf die militärische Intervention in innerstaatlichen Konflikten übertragen. Inzwischen ist der militärische Einmarsch in Krisengebiete und die Führung unerklärter Kriege nicht nur machbar sondern zu einem Mittel der internationalen Sicherheit, der Außenpolitik der Staaten und der Bündnispolitik der Allianzen geworden.

Auch der Blick auf die gesellschaftliche Situation in den Ländern des Nahen Ostens und die Frage nach möglichen politischen – auch sicherheitspolitischen – Perspektiven lässt die Bundeswehr ins Blickfeld geraten. Seit 2006 ist sie an der internationalen Seeüberwachung vor der Küste des Libanons beteiligt, derzeit mit einem Kontingent von bis zu 1.400 Soldaten. Dieses militärische Engagement ist Teil der Eingreiftruppe UNIFIL, die unter Leitung der Vereinten Nationen die militärische Lage nach dem Krieg zwischen Israel und der Hisbollah auf libanesischen Staatsgebiet beruhigen und stabilisieren soll. Die Überwachung des Seeraums soll Waffenlieferungen an die radikal-islamische Hisbollah verhindern.

Insgesamt sind derzeit rund 6.000 deutsche Soldaten im Ausland eingesetzt, neben dem Libanon-Engagement vor allem in Afghanistan, Bosnien-Herzegowina, im Sudan und am Horn von Afrika. Damit sind Auslandseinsätze deutscher Soldaten im Auftrag der Vereinten Nationen oder der NATO seit der deutschen Wiedervereinigung ein Stück Normalität geworden. Hatte sich die Bundeswehr zuvor nur an humanitären Hilfseinsätzen beteiligt, kamen nach der Vereinigung zunächst Blauhelm-Missionen und dann

auch Kampfeinsätze hinzu. Und diese sind höchstgerichtlich abgesegnet: Am 12. Juli 1994 stellte das Bundesverfassungsgericht klar, dass sich Deutschland im Rahmen von Systemen gegenseitiger kollektiver Sicherheit auch an bewaffneten Einsätzen beteiligen kann. Voraussetzung dafür ist die konstitutive Zustimmung des Bundestages in jedem Einzelfall.

Die politische Debatte wird weitergehen

Dieser Paradigmenwechsel in der Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik war von Anfang an politisch sehr umstritten. Der politische Konflikt um das militärische Engagement vor der Küste des Libanons steht – neben den heftigen Kontroversen um das militärische Engagement in Afghanistan – beispielhaft für die inhaltlichen Auseinandersetzungen um die Auslandseinsätze der Bundeswehr. Im Kern geht es um eine der zentralen Fragen aktueller und zukünftiger deutscher Beiträge zur internationalen Sicherheitspolitik. Die KritikerInnen dieser Einsätze sprechen von einer Militarisierung der deutschen Außenpolitik, die deutsche Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen ins Zentrum stellt. Dabei würden in den betroffenen Regionen häufig nicht einmal die militärischen Zielsetzungen erreicht. Die Einsätze würden diplomatisches Engagement und politische Perspektiven verbauen und damit angestrebte Krisenlösungen und politische Stabilisation zumindest erschweren.

Dagegen stellen die Befürworter die Auslandseinsätze in das Zentrum eines humanitären internationalen Auftrags. Sie sind davon überzeugt, dass die Auslandseinsätze dazu beitragen, gewaltsame Konflikte zu verhindern oder zu beenden,

Stabilisierung und Abschreckung würden Krisen und Konflikten entschärfen und Friedensprozesse ermöglichen. Den globalen sicherheitspolitischen Herausforderungen mit ihren vielfältigen Gefährdungspotentialen müsse ein breites Spektrum an Handlungsoptionen entgegengesetzt werden. Im Originalton der Bundeswehr klingt das so: „Armut, Hunger, schlechte hygienische Verhältnisse sowie ethnische Konflikte kennzeichnen heutige Krisenregionen. Soziale, politische und humanitäre Faktoren sowie religiöse, wirtschaftliche und kulturelle Einflüsse sind daher unweigerlich Gegenstand moderner Militäroperationen.“

CIMIC – eine realistische Zauberformel?

Das Zauberwort heißt CIMIC (Civil-Military-Cooperation) und steht für die zivilmilitärische Zusammenarbeit, auch in Krisengebieten. Allerdings gibt es erhebliche Zweifel, ob ausgerechnet die Bundeswehr der richtige Partner ist, um in enger und vertrauensvoller Zusammenarbeit mit den jeweiligen regionalen Regierungen und Organisationen entscheidende Beiträge zur Konfliktvermeidung zu leisten. Ohne Zweifel sind die Erhöhung sozialer Standards und die Verbesserung der konkreten Lebenssituationen unverzichtbare Voraussetzung für menschenwürdige Lebensbedingungen und die Grundlage für friedliche und demokratische Konfliktlösungen im Alltag. Die jahrzehntelangen und vielfältigen Erfahrungen der Akteure in der staatlichen Entwicklungshilfe und in der Entwicklungszusammenarbeit von NGOs haben aber sehr deutlich gemacht, dass eine solche Arbeit zwei konzeptionelle Grundbedingungen erfüllen muss: Sie muss die örtlichen Akteure als gleichberechtigte Partner einbeziehen

und kann nur unabhängig und unparteilich agieren. Das bedeutet, sie muss von unterschiedlichen Interessensvertretern und Konfliktparteien akzeptiert und respektiert werden. Eine solche Position kann die auf den Einsatz von militärischer Gewalt setzende Bundeswehr nicht einnehmen. Darüber hinaus erfordert die Entwicklungsarbeit Qualifikationen, etwa im Hinblick auf soziales Engagement und interkulturelle Kompetenzen, die die Soldaten in Auslandseinsätzen in aller Regel nicht besitzen.

Erhebliche organisatorische und konzeptionelle Probleme werden sogar von der Bundeswehr selbst eingeräumt. In einem internen Gutachten des Verteidigungsministeriums kommt eine Exper-

tengruppe aus hochrangigen ehemaligen Generalen zu dem Ergebnis, dass die Auslandseinsätze unter fehlender strategischer Planung litten und dramatisch schlecht organisiert seien. Darüber hinaus verschlingen sie erhebliche finanzielle Mittel. Nach Angaben des Bundesverteidigungsministeriums haben die Auslandseinsätze der Bundeswehr im vergangenen Jahr 910,7 Millionen Euro gekostet. Damit stiegen die Ausgaben im Vergleich zu 2006 um 16,7 Millionen Euro an, besonders teuer war der Einsatz in Afghanistan.

Letztendlich muss die weitere Debatte um Auslandseinsätze der Bundeswehr wohl in einen größeren, perspektivischen Rahmen gesetzt werden, bei dem auch der Begriff der „deutschen Interessen“ noch mal ganz anderes, nämlich international und solidarisch, konnotiert sein muss. Die Herausforderungen der Zukunft im globalen Maßstab werden darin bestehen, die an Schärfe zunehmenden Auseinandersetzungen um knapper werdende Ressourcen, die durch den Klimawandel zusätzlich bedroht sind, gewaltfrei zu lösen und jedem Menschen ein Lebensrecht oberhalb der Armutsgrenze zu sichern.



*Foto: Capt. Edward Stewart (flickr.com)
Kanadische CIMIC Patrouille in Kandahar,
Afghanistan 2006*

